



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

402 (2.9.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202210](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202210)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., durch die Post bezogen 1,70 M., Einzelnummer 15 Pf. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile 20 Pf. ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Rech. Mann. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Der französische Ministerrat.

Handlungsfreiheit vorbehalten.

WB. Paris, 1. September.

Ueber den heutigen Ministerrat veröffentlicht das folgende amtliche Mittheilung:
Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammengetreten. Poincaré legte den gegenwärtigen Stand der außenpolitischen Fragen auseinander. Da die Reparationskommission Deutschland das verlangte Moratorium nicht gewährt hat, stellte sich der Ministerrat auf den Standpunkt, daß er für den Augenblick von diesem Beschluß nur Kenntnis zu nehmen habe. Da Belgien, das aufgrund seines Prioritätsrechts die gesamten nächsten Zahlungen erhalten soll, den von der Kommission vorgeschlagenen Zahlungsmodalitäten nicht nur zustimmt, sondern sie selbst vorschlug, hielt der Ministerrat es für angezeigt, sich seine Handlungsfreiheit vorzubehalten bis zur Inkraftsetzung der vorgeesehenen Bedingungen.

Im Einklang mit dem Gedanken, den der Ministerpräsident in London vertrat, beschloß der Ministerrat außerdem darauf zu dringen, daß sobald wie möglich eine Konferenz einberufen werde, zu der alle Verbündeten ohne Ausnahme hinzugezogen würden, um die Frage der interalliierten Schulden und die Reparationsfrage in ihrem ganzen Umfange zu prüfen.

Paris, 2. Sept. Zu dem Beschluß des Pariser Kabinetts über die Entscheidung der Reparationskommission erfährt das „B. T.“ auch aus Paris: Poincaré habe sich im Ministerium eine Genugthuung für seine „Mißerfolge in London“ geholt, indem er einen Beschluß durchsetzte, durch den die Regierung die Entscheidung der Reparationskommission lediglich einstweilen zur Kenntnis nimmt, ihre Haltung aber von einer bescheidenden Regelung der in dem Beschluß der Reparationskommission offen gelassenen Frage der Sicherheit für die von Deutschland zu übergebenden Schatzwechsel abhängig macht.

Die französische Antwort auf die Balfournote.

Paris, 2. Sept. In dem Brief, den Poincaré im Einvernehmen mit dem Ministerrat in Beantwortung der Balfournote an den englischen Botschafter in Paris gerichtet hat, wird ausgeführt: Die französische Regierung sei ebenso wie die englische davon überzeugt, daß das Problem der Reparationen nur dann gelöst werden könne, wenn es auf irgend eine Weise mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft werde. Die französische Regierung betrachte es als notwendig, daß diese Frage in Kürze in allen ihren Punkten geprüft werde und zwar in einer Konferenz, zu der alle interessierten Staaten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen. Poincaré glaubt bemerken zu müssen, daß ein Vergleich zwischen den Kriegsschulden der Verbündeten untereinander und der Reparationsschuld nicht möglich ist. Diese Schulden können im gemeinsamen Interesse aufgenommen werden. Im Laufe der Friedensverhandlungen, so heißt es weiter, hätten die Siegerstaaten beschlossen, zum ersten Male in der Geschichte darauf zu verzichten, daß der Besieger die ganzen Kriegskosten bezahle. Wenn jetzt die Besiegten die Kriegsschulden verlangen würde, so würde ein Teil davon auf diejenigen verbündeten Länder zurückfallen, die militärisch die größten Anstrengungen gemacht haben und die größten Kosten des Krieges tragen. Im Gegenzug hierzu soll die deutsche Reparationsschuld dazu dienen, die abschließlichen und unumgänglichen Reparationen wieder gut zu machen und die Sanktionen Deutschlands tragen müssen. Selbstverständlich müsse die Reparation das Vorrecht vor allen anderen Schulden haben. Was Frankreich angeht, so sei es bereits gezwungen worden, seine verwüsteten Provinzen aus eigenen Kräften aufzubauen. Diese Vorwürfe belasteten seinen Budget. Es könne daher nicht die Rede davon sein, die Regelung der Kriegsschulden ins Auge zu fassen, solange die Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gemachten Aufwendungen nicht durch Deutschland oder durch entsprechende Kombinationen gedeckt seien.

Frankreich und die Gefahr der Isolierung.

Paris, 1. Sept. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung der Reparationskommission teilt der „Tempo“ mit: Der Reiz der Wehrheit bestand, die der Ansicht war, daß Deutschland gegenwärtig unfähig sei, die monatlichen Zahlungen zu leisten, und daß auch eine Wehrheit vorhanden war, um die Beschlagnahme der Schatzkassen und Wälder abzulehnen. Wenn bei dieser Lage der Dinge Frankreich, wie das in London geschehen war, so riskierte eine Entschleunigung in der Reparationskommission mit drei gegen eine Stimmen in die Wehrheit zu kommen u. auf der anderen Seite, daß sein Gehör mit dem der Wehrheit identisch war. An demselben Tag der Vertreter der Vereinigten Staaten nicht nur, daß sein Gehör mit dem der Wehrheit identisch war. An demselben Tag der Vertreter der Vereinigten Staaten nicht nur, daß sein Gehör mit dem der Wehrheit identisch war.

der offiziellen Sitzung vor, um mit Poincaré sich noch besprechen zu können. Er begab sich sofort nach dem Quai d'Orsay und trat dort mit seiner ganzen Energie und mit ganzem Herzen für seine Ansicht ein. Er wies auf die Gefahr hin, in der sich Frankreich befinde, in der Reparationskommission isoliert zu werden, auf die Folgen, die aus der Isolierung entstehen würden und auf das Interesse, das Frankreich daran habe, Deutschland gegenüber die Einmütigkeit im Schoße der Reparationskommission aufrecht zu erhalten und fügte hinzu, daß aus den Erklärungen seiner Kollegen hervorgehe, daß über die belgische Tagesordnung Uebereinstimmung erzielt werden könne, wenn die französischen Delegierten sie annähmen. Poincaré habe nicht weniger gewünscht die mögliche Einigung unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Er habe aber nicht seine Zustimmung geben können, daß ein Moratorium ohne die von ihm verlangten Pfänder bewilligt werde. Die Kommission sollte also das einfache Moratorium ablehnen. Dann könnte er sich aus dem Geiste jeder Verschönerlichkeit heraus und obgleich er ihn neulich in London abgelehnt hatte, dem belgischen Vorschlag anschließen. Nach dieser Unterredung feierte Dubois ins Hotel Victoria zurück, wo sich dann die Abstimmung in der bekannten vollzog.

Verhandlungsbeginn nächste Woche.

□ Berlin, 2. September.

(Von unserm Berliner Büro.)

Aus maßgebenden belgischen Kreisen in Paris erfährt die „Tägliche Rundschau“, daß die neuen Verhandlungen zwischen Brüssel und Berlin nächste Woche beginnen werden. Die belgischen Verhandlungsführer werden voraussichtlich am Dienstag von Brüssel nach Berlin reisen, um die Verhandlungen mit der deutschen Regierung aufzunehmen.

Befriedigung in Belgien.

WB. Brüssel, 1. Sept. (Agence Belge.) Die Presse äußert allgemein ihre Befriedigung über die Entscheidung der Reparationskommission. Den Blättern zufolge zeigten die ministeriellen Kreise am Donnerstagabend sich mit der in Paris gefundenen Lösung sehr zufrieden.

Bradbury über das Ergebnis.

WB. London, 1. Sept. In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Times“ erklärte Bradbury, obwohl er im Interesse des deutschen Kredits einen unbedingten Ausschlag vorgezogen hätte, so sei doch, wenn die notwendigen Vereinbarungen erzielt werden könnten, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung gewährt. Das unmittelbare Problem sei nicht gelöst; aber er sei dankbar, daß zurzeit eine Regelung gefunden worden sei, um eine Verschlimmerung der Krisis in der Reparationskommission und in Europa abzuwenden. Die Reparationskommission sei nicht mehr in direkter Weise an den Verhandlungen beteiligt, die in Berlin und in Brüssel stattfinden müßten. Belgien und Deutschland würden untereinander ein Abkommen zu treffen haben, wie die Schatzkassen garantiert werden könnten. Es würde bedauerlich sein, wenn es notwendig wäre, das Gold in auswärtigen Banken, in Kopenhagen oder Bern, zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies vermieden werden. Die Schatzkassen sollten von Deutschland gesichert werden, und Deutschland werde einen Ausschub erhalten. Natürlich würde dagegen eingewandt, daß ein Teil der Goldreserven des Reiches verwendet werden müßte; aber er hoffe, daß die Abmachung keine große Beanspruchung dieser Goldreserven bedeuten werde. Wenn es notwendig sei, werde die Zustimmung der Reichsbank, die jetzt autonom sei, eingeholt werden müsse. Im Ganzen sei seiner Ansicht nach die Vereinbarung so befriedigend, wie man hätte erwarten können.

Moratorium unter anderem Namen.

Englische Pressestimmen.

WB. London, 1. Sept. Das in der Reparationskommission erzielte Kompromiß wird von der Presse als ein Moratorium unter einem anderen Namen bezeichnet. Die Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erfolgte, wird mit besonderer Genugthuung hervorgehoben.

„Daily Chronicle“ schreibt, die Delegierten hätten einen Ausweg aus dem Dilemma gefunden, das einen Augenblick lang einen vollständigen Zusammenbruch der Entente und einen Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen drohte. Da aber die Belgier und die Italiener die Notwendigkeit erstens der Abwendung eines Bankrotts Deutschlands und zweitens die Abwendung eines Bruches zwischen Großbritannien und Frankreich einsehen, sei ein Weg für ein gemeinsames Vorgehen gefunden worden. Frankreich habe nichts vergeben und brauche nichts anzubieten, warum solle es da nicht annehmen, und Deutschland gewinne den Ausschub, den Großbritannien für notwendig gehalten habe; er werde allerdings nicht Moratorium genannt, sei jedoch tatsächlich ein Moratorium. Der Ausschub lege nur die Zeit bis zum Ende dieses Jahres vor, dann könne die Krisis von neuem anfangen, aber bis zum November könnten andere Hilfsmittel gefunden werden. Den belgischen und italienischen Delegierten müsse es angedreht werden, daß die Reparationen, wenn auch nur für den Augenblick, das geblieben sind, was die Engländer wünschen, nämlich eine Frage der Finanzen anstatt eine Handhabung für andere politische Zwecke. Europa habe wenigstens jetzt eine neue Atempause.

Die „Times“ schreibt: Die große und willkommene Nachricht, die alle Freunde der Entente und des europäischen Friedens mit tiefer und wirklicher Erschütterung hören werden, sei die, daß die Reparationskommission eine einstimmige Entscheidung gefaßt habe. Selbst die Anhänger eines bedingungslosen Moratoriums würden anerkennen, daß die Vereinbarung Deutschland seine Erleichterungen gewährt, die für das laufende Jahr notwendig seien. Es bedürfe natürlich der Zustimmung Deutschlands, um die Entscheidung Tatsache werden zu lassen, es könne jedoch kaum angenommen werden, daß die Deutschen so töricht seien, sie abzulehnen. Die Entscheidung gebe allen in Betracht kommenden eine Atempause, in der das Problem als Ganzes erwogen werden könnte.

Zum 2. September.

Von Dr. Otto Everling, M. d. R., Nikolassee.

Sollten wir uns heute wirklich daran erinnern, daß es vor einem halben Jahrhundert einen Tag gab, da die Gloden von Turm zu Turm durchs Land frohlockten im Jubelsturm: Frankreichs Kaiser gefangen! Die Entscheidungsschlacht geschlagen! Welch eine Wendung durch Gottes Führung!

Noch sehe ich die leuchtenden Augen des Vaters, der in heller Freude dem rheinischen Knaben die auch dem Kindersehbare Kunde vorlas: noch ist man nicht 60 Jahre alt, und schon ist das durch Sedan gewordene Deutsche Reich fast vier Jahre zusammengebrochen. Sedan scheint uns heute nichts weiter zu sagen als die herzuquälende Tatsache, daß in unserem armen kurzen Leben das deutsche Volk einen soich herrlichen Aufstieg und einen soich tiefen Fall erlebte. Der Sedantag ist der Trauertag Deutschlands geworden, dem man keine Wehr geraubt, seine Ehre besetzt, seine Grenzen verstümmelt, seine Selbständigkeit angefaßt, und dem man jetzt eben seine Lebensmöglichkeit, seine Wirtschaft, zerklüftet will. Jetzt kann auch der Stumpfsinnigste, dessen Herz unter deutscher Schmach nicht blüet, an seinem Wogen verspüren, was es für ein Volk heißt, wehrlos der Willkür preisgegeben sein.

Hat uns Sedan wirklich weiter nichts zu sagen, als diese bittere Trauerbotschaft?

Daß an diesem Tage vor 52 Jahren unter meisterhafter Führung eine heisse Schlacht mit opferfreudigem deutschen Mut geschlagen wurde, das war nie der volle und einzige Grund unserer Sedanfeier. Und jetzt kann es das erst recht nicht mehr sein! Wir haben seitdem Helden kämpfen sehen in gewaltigstem Ringen von der Nordseeküste bis zu den Alpen, vom Reipussee bis zu den Karpaten, und wenn einmal das Frohgequale aus dem Sumpfe der Gegenwart verstummt, dann wird man erschüttert davon singen und sagen, welche unvergleichliche Taten in sitlichem Opfergeist zum Schutze der Heimat die deutschen Krieger aus allen Ständen und Gauen wider eine Welt von Feinden getan haben. Die Schlacht bei Sedan, die Moltke schlug, hat ihren Wert durch die Frucht von Sedan, die Bismarck pflückte. „Wir sind kein Bismarck“, hat neulich einer der größten Schädlinge unserer Tage, der mächtigste Politiker Poincaré, gesagt. Das stimmt allerdings! Bismarck hat die Kriege nicht aus Freude an der Macht, sondern als Mittel der deutschen Einheit geführt. Und als die Waffen entschieden hatten, da kamte er nur eine große Sorge, wirklich den Frieden zu schaffen und zu erhalten. Wer das noch nicht wußte, der kann es jetzt mit verhaltenem Atem und mit grimmigem Jern über die Verleumdungen unserer Feinde und der großen Aftenveröffentlichung erfahren, die im Auftrage des Auswärtigen Amtes die Deutsche Verlagsgesellschaft herausgegeben hat. Die sechs Bismarckbände sind ein überwältigender Beweis für die Aufrichtigkeit des eigenhändig von Bismarck formulierten Satzes in der Proklamation des ersten deutschen Kaisers: „Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Wahrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Besitzung.“ Dieses Gelöbniß hat Bismarck gehalten. Die sechs Bände Aften sind ein unanfechtbarer Beweis, daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches — wie der Reichskanzler am 3. April 1888 Kaiser Friedrich III. in einer Denkschrift nachweist — „seit dem Frieden mit Frankreich vorwiegend auf die Erhaltung des Friedens und auf die Verhütung antideutscher Koalitionen gerichtet gewesen ist.“ Wer die sechs Bismarck-Aftenbände nicht lesen kann, der nehme die „Süddeutschen Monatshefte“ zur Hand, und lerne dort mit und von einem der Herausgeber der sechs Bände gestehen: „Ueber dem Bald von Aften strahlt sein sonnenhaftes Auge, das unermüdet über dem Geschick des deutschen Volkes und dem Frieden von Europa wacht.“

Die Wurzeln des Weltkrieges liegen nicht in deutschem Nachgelüste, sondern in den „antideutschen Koalitionen“. Das wollen wir am Sedantage uns einprägen und uns und der Welt künden, es ist nicht Deutschlands Schuld und Ziel gewesen, daß nach dieser Entscheidungsschlacht so viele grausige Schrecken folgten. Es gibt kaum eine größere Wehllage, als die schmachvolle Erpressung des Schuldbekenntnisses in dem stuchwürdigen Diktat von Versailles. Wird das erst förmliche Erkenntnis in unserem, durch des Weltkrieges Ausgang enttäuschten, vergifteten, entmündigten Volke, dann wird auch wieder überall Verständnis dafür erwachen, was Sedan uns war und noch heute sein kann: ein Lichtblick aus der Bergangeneit ein Hoffnungsstrahl in dunkelster Not für die Zukunft! Völker begeistern und erheben sich an Taten und Männern, nicht an Paragrafen und Verfassungsaufzählungen. Darum wird ein rechtes Gedenken an den wahren Wert von Sedan, an seine Ursachen und seine Folgen, weit mehr als volkspolitologisch unrichtig eingestelltes, künstlich erwecktes Verfassungsfeiern dazu beitragen, daß einst wieder einmal nicht in schmerzlicher und schwächlicher Sehnsucht, sondern in kraftvoller, herzerhebender Wirklichkeit in deutschen Landen das Lied erklingt: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Protestnote

gegen Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet.

WB. Berlin, 1. Sept. Die deutsche Regierung hat beim Völkerverbund einen Einspruch gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet erhoben.

Wie wir erfahren, ist in der Einspruchsnote ausgeführt, daß die Zahl der französischen Truppen im Saarbecken trotz einer gewissen Verringerung immer noch einige Tausend betrage, daß aus den Meldungen über Kasernenbauten im Saarbecken auf ein längeres Verbleiben der Truppen geschlossen werden müsse und daß von einem neuntenswerten Ausbau der gegenwärtig

nur 144 Mann umfassenden örtlichen Gendarmerie nichts bekannt geworden sei. Wie die Note weiter bemerkt, widerspricht dies dem Verfall der Ordnung, da nach diesem die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet nur durch örtliche Gendarmerie erfolgen soll, da für den Schutz von Personen und Eigentum die Regierungskommission des Saargebiets zu sorgen hat, also nicht die Truppen eines fremden Mächts, und da es überhaupt mit der Selbständigkeit der Verwaltung des Saargebiets unvereinbar ist, wenn eine so wichtige Angelegenheit wie die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet im wesentlichen von den französischen Truppen wahrgenommen wird.

Zu den Einwendungen der Regierungskommission, daß eine ausreichende örtliche Gendarmerie hohe Kosten verursache und das Personal dafür schwer anzumerken sein würde, erklärt die deutsche Note: Die deutsche Regierung weiß diese Schwierigkeiten aus eigener Erfahrung zu würdigen, hält sie aber nicht für unüberwindlich und macht darauf aufmerksam, daß sie selbst auf Grund des gleichen Vertrages, der für das Saargebiet eine örtliche Gendarmerie als einziges Mittel für die Aufrechterhaltung der Ordnung vorsieht, eine Umgestaltung ihres Heeres hat vornehmen müssen, ohne daß dabei auf die über erheblichen Schwierigkeiten und finanziellen Kosten Rücksicht genommen worden wäre. Im übrigen kennt die deutsche Regierung die Bedürfnisse des Saargebiets gut genug, um sagen zu können, daß sie mit Freude die finanziellen Lasten für die Unterhaltung einer örtlichen Gendarmerie auf sich nehmen wird, wenn ihr dafür die viel schwerer empfundenen moralischen Lasten genommen werden, die die Anwesenheit fremder Truppen bedeuten.

Weiter ist in der Note besonders auf den Charakter des Saargebiets als Abstammungsgebiet hingewiesen. Die deutsche Regierung mißt diesem Gesichtspunkt ausschlaggebende Bedeutung bei und glaubt, daß ihm gegenüber alle Einwendungen zurücktreten müssen. Mit dem Charakter eines Abstammungsgebietes ist es unvereinbar, daß in ihm Truppen einer Macht beibehalten werden, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert ist. Die freie Willensäußerung der Bevölkerung über ihr endgültiges Schicksal, zu deren Sicherung gerade das für das Saargebiet vorgegebene Regime aufgestellt wurde, wäre in Frage gestellt, wenn Truppen einer der Staaten, die eine Fremdherrschaft auf das Gebiet haben, noch länger mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiet betraut werden. Nachdem von der 15jährigen Frist bis zur Volksabstimmung bereits mehr als ein Sechstel verstrichen ist, erscheint der deutschen Regierung die Zurückziehung der französischen Truppen und ihre Ersetzung durch eine örtliche Gendarmerie als eine der dringendsten Aufgaben, die zur Sicherung der freien Abstimmung erforderlich sind.

Aus dem besetzten Gebiet.

Zwischenfall in Obercaffel.

Paris, 1. Sept. Nach einer Hausmeldung aus Brüssel hat sich heute früh 12 Uhr in Obercaffel am Rhein ein erster Zwischenfall ereignet. Eine belgische Wache sei durch Revolverschläge geizt worden. Ein belgischer Gendarm, der ihr zu Hilfe kam, sei gleichfalls geizt worden. Eine Wache, die eingriff, habe bemerkt, daß einige Personen Hals über Kopf davonschoben. Sie sei in einige noch offene Botale eingedrungen und habe ungefähr 12 Personen festgenommen. Die Untersuchung gehe weiter. Die belgische Regierung habe General Ruquoy den Befehl gegeben, in der ganzen Stadt Hausdurchsuchungen vornehmen zu lassen und habe ihn beauftragt, den belgischen Zivil- und politischen Behörden mitzuteilen, daß, wenn die Schuldigen nicht innerhalb sechs Stunden verhaftet sein sollten, man die Behörden verhaften werde und daß weitere Maßnahmen folgen werden, wenn man nicht Genugtuung erhalte. Außerdem habe der Minister des Innern, Jaspars, den belgischen Gesandten in Luxemburg zu sich berufen und einen energischen Protest ihm gegenüber ausgesprochen. Er habe ihn aufgefordert, den Protest der belgischen Regierung schleunigst der deutschen Regierung zu telegraphieren und habe Entschuldigungen seitens der deutschen Regierung verlangt unter Vorbehalt weiterer Sanktionen. Der belgische Delegierte bei der internationalen Rheinlandskommission habe telegraphisch den Befehl erhalten, daß er der Rheinlandskommission Maßnahmen vorlegen solle, die ergriffen werden sollen, um die Sicherheit der belgischen Truppen sicherzustellen. Diese Maßnahmen seien im Verlaufe einer Besprechung zwischen den Ministern Jaspars und Devoce beschloffen worden.

Kabinettsitzung.

Berlin, 2. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Gestern nachmittag hat, wie wir bereits ankündigten, wieder eine Kabinettsitzung stattgefunden. Die Beratungen gehen indessen nur der Erörterung der wirtschaftlichen Notlage und etwaigen Maßnahmen, die zu ihrer Bekämpfung oder Milderung getroffen werden müßten. Mit dem Reparationsproblem hat man sich nicht befaßt, da man sich, nachdem man sich einmal entschlossen hätte vor der Rückkehr des Staatssekretärs Schröder, sich über diese Dinge nicht endgültig schlüssig zu werden, sich mit ihr auch gar nicht befassen kann. Staatssekretär Schröder aber kehrt erst heute früh zurück. Am Bau des Tages ist also, wie der Kongress im Ueberwachungs-ausschuß mitgeteilt hat, frühestens eine Entscheidung in der Reparationsfrage zu erwarten. An der Beurteilung der Lage hat sich um deswillen kaum etwas geändert. Man glaubt eine gewisse Atempause erreicht zu haben, wisse aber immer noch nicht, wie man die Sicherheiten für Belgien wird schaffen können, die der Beschluß des Reparations-ausschusses von uns fordert.

Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

Berlin, 1. Sept. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist heute abend vom preussischen Ministerium des Innern auf acht Tage verboten worden.

Berlin, 2. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Das Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ auf 8 Tage ist auf zwei Artikel zurückzuführen. Den einen hat der Sozialdemokrat Paul Ventsch geschrieben. Er warnt vor der Illusion, daß der bekannte Vorschlag der deutschen Industrie zur Abwehr der produktionen anderer Länder des Herrn Poincaré im Interesse der Rettung der Reichsregierung und nicht vielmehr zur Rettung von Staat und Volk gemacht worden ist. Der zweite Artikel bespricht die Entscheidung des Reparations-ausschusses als unannehmbar. Beide Artikel enthalten eine scharfe Kritik an dem Kabinettsitzung.

Gegen das Verbot wendet sich nicht nur die rechtsstehende Presse, sondern auch die „Voll. Zig.“ bezeichnet es als unannehmbar. Es offenbart sich darin eine Nervosität, die aus allzu großer Empfindlichkeit geboren, die allgemeinen Forderungen nicht sehr richtig abzuschätzen weiß, die die Presse hinsichtlich ihrer freien Bestimmung an die Leiter eines demokratischen Staatswesens stellen muß. Die Praxis der Presseverbote beginnt allmählich zu einer Gefahr auch für die Regierung zu werden. Der „Vorwärts“ betont, daß das Verbot eine besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß die besprochenen Artikel fraglos im Einklang

nehmen mit dem Herausgeber des Blattes, mit Herrn Stinnes, geschrieben worden seien. Auch das mehrheitssozialistische Organ „Zweifel“, so ein Verbot auf Grund des Schußgesetzes die richtige Abwehr bedeute. Die „Köln. Volks-Z.“ vermutet, daß vielleicht die Frage um die Belegung des Außenministeriums einen Streit zwischen Stinnes und der Reichsregierung heraufbeschworen habe. Wie die „Tägliche Rundschau“, die bekanntlich vor kurzem in die Hände des Herrn Stinnes übergegangen ist, erklärt, handle es sich um einen Mißbrauch des Schußgesetzes zur Mundtotmachung der Kritik.

Nach dem Katholikentag.

Läßt man die Reden, die auf dem deutschen Katholikentag gehalten wurden, noch einmal an sich vorüber ziehen, so gewinnt die allerdings abgestrichene Nachricht, man habe den Reichstanzler Dr. Wirth verständigt, sein Kommen sei unerwünscht, doch noch nachträglich an Wahrscheinlichkeit. In sie scheint fast nicht abstreifen. Denn einen größeren Gegenstand als Wirths unstaatsmännisches und sogar unchristliches Feldgeschrei: „Der Feind steht rechts“, gesprochen in Bezug auf die eigenen Volksgenossen, und die erste Mahnung, die die bedeutendsten Ausführungen auf der Münchener Tagung durchzog: „Abwehr des Feindes christlicher Sitte und christlicher Staatsauffassung von links“ kann man sich nicht leicht denken. Spricht daraus nicht die Erkenntnis, daß das christliche katholische Zentrum aus politischen Rücksichten sich allzu eng an die Parteien angegeschlossen hat, deren Grundzug ganz gewiß nicht christlich ist? Ist das nicht die Erkenntnis der Notwendigkeit, zurückzuführen zu den christlichen Grundfragen, die das Zentrum, dessen Hauptträger Bürger katholischen Glaubens sind, auch als politische Partei vertreten muß, wenn es sich nicht aufgeben will? Ist das nicht Abkehr von dem unheiligen Weg, auf den Erzberger die Partei gedrängt und auf dem Wirth in starker Abhängigkeit von im tiefsten Grunde zentrumsfeindlichen Parteien sie weiter geführt hat? Was der vielkommentierte Aufruf der Partei, was Stegerwald in vielen seiner wirklich kirchlich-politisch weitblickenden Reden schon ausführte und auf dem Katholikentag noch unterstrich, wurde zum Leitmotiv der Tagung, die dadurch politische Bedeutung erhielt: das Zentrum muß sich abkehren von den Parteien, die seine heiligsten stitlichen und religiösen Güter bedrohen und in dem Kampf gegen Materialismus nicht Weggenossen sein können, weil von ihnen die Feindschaft gegen Kirche und Christentum, gegen Ehe und Familie gerade ausgeht. Erzbischof Faulhaber hat das von seinem christlichen Standpunkt aus durchaus berechtigte Wort geprägt: „Die Revolution war ein Meineid und Hochverrat, sie bleibt in der Geschichte für immer belastet und gezeichnet mit dieser Rainstalt“. Er hat ein tausendstimmiges Echo gefunden. Und wenn er in seiner herben Kritik an der Weimarer Verfassung vermischt, daß ein christliches Volk in seinem Grundgesetz das Wort „Gott“ vermieden hat, so ist auch das nur verständlich und bedeutet keine Herabsetzung oder Schwächung, die man zum Schutze der Republik ohnden kann! Denn diese Worte des Kardinals sind Worte eines christlichen Bekenntners. Den Mut der christlichen Bekenner zu befehlen durchaus geeignet: Kampf dem Unchristentum.

Fragt es sich da noch, ob nicht von dieser Tagung und von dieser Glaubensgemeinschaft in ihrer parteiellen Ausnutzung eine Erneuerung ausgehen kann, wenn dieser hier verkündete Geist lebendig gehalten und fruchtbar gemacht wird? Das Zentrum hat ansehnlich den Willen, wenigstens in seinen führenden Köpfen, die christliche Partei der Mitte werden zu wollen. Damit würde sich die Notwendigkeit ergeben, von der auch Stegerwald gesprochen hat, die enge konfessionelle Bindung der Partei, die nicht statutarisch aber tatsächlich doch vorhanden ist, zu lockern. Die Bestimmung, die auf dem Katholikentag zum Ausdruck kam, war weniger katholische als christliche Bestimmung und weiteste Kreise unseres evangelischen Volkstums sind von den gleichen Gedanken erfüllt, wie sie hier ausgesprochen wurden. Die Revolutionsparteien bilden eine Gefahr für das Christentum, ob evangelisch oder ob katholisch. Und diese Gefahr muß gemeinsam abgewehrt werden. Wenn die aus politischen Gründen ererbenswerte bürgerliche Arbeitsgemeinschaft an dem starren Parteidoctrinarismus, am Bogenzentrum der Parteihierarchie scheitern sollte, wie man fast befürchten muß, so muß der christliche Gedanke das christliche Bürgertum zusammenführen über die Parteigrenzen hinweg und wenn die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft nicht zustandekommt, so kommt vielleicht die christliche Arbeitsgemeinschaft zustande. Hierfür vorbereitende Arbeit geleistet zu haben, ist das Hauptverdienst des Münchener Katholikentages, der seine besondere Note noch durch eine starke Betonung des Christentums erhalten hat. Deutsche Volksgemeinschaft, christliche Volksgemeinschaft in Abwehr aller Gefahr gegen Deutschland und Christentum, daran kann unser Volk wieder genesen.

Reichsregierung und Wirtschaftsnot.

Gegen die Einfuhr entbehrlicher Waren.

Berlin, 1. Sept. Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Regierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller irgend entbehrlichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohabak durch Bestimmung vom 30. 8. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichsernährungsminister auf seinem Gebiet Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Gleichgültig werden die Wuchergeld- und anderen Vermögensgegenstände angewiesen, für die Waren und eine Reihe anderer entbehrlicher und bereits unter Einfuhrverbot stehender Waren bis auf weiteres Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein genügender Zollschuß durch Erhöhung der Zölle erreicht ist. Der Reichswirtschaftsminister hat alsbald nach Erlass des Einfuhrverbots für Rohabak die an der Tabakwirtschaft beteiligten Kreise zu einer Besprechung eingeladen, die am Samstag stattfindet.

Der unter Zollaufsicht sich vollziehende Veredelungsverkehr wird durch Aufhebung der Einfuhrfreiheit nicht berührt, da für ihn eine Einfuhrbewilligung nicht erforderlich ist.

Der Reichswirtschaftsminister über den Kampf gegen Wucher und Teuerung.

Berlin, 2. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Reichswirtschaftsminister Schmidt äußerte sich darüber, wie weit er die Maßnahmen der Reichsregierung in dem Kampf gegen Wucher und Teuerung gehen lassen. Der Minister sagte, daß zunächst eine Verordnung über die Erhöhung der Ausschreibungsgebühren um ungefähr 60 Prozent der bisherigen Höhe erfolgt ist. Ferner sind Einfuhrverbote für Rohabak und alle seine Nebenprodukte ergangen. Auch ein Einfuhrverbot verschiedener Arten von Süßfrüchten ist geplant. Die Einfuhrsperre für Tabak ist nur als vorübergehend gedacht, nämlich solange, bis die außerordentlichen Zollserhöhungen für Tabak in Kraft getreten sind. Die Vorlage ist bereits ausgearbeitet. Die Einfuhr von Rohabakwaren bleibt frei.

Auf dem Gebiet der Ernährung betonte der Minister, daß der Kartoffelpreis angesichts der zu erwartenden günstigen Ernte nicht zu hoch erscheine und daß eine Wiedereinführung der Kartoffelpflicht verschärfte kaum nötig sein werde. Das Bier wird mit Ausnahme des bayerischen Exportbiers viel leichter geerntet sein müssen. Ein Verbot des Brauereieinbaus in den Getreidewirtschaften ist ein Gesetz ausgearbeitet, das die Konzeptionspflicht verschärft und unter gewissen Voraussetzungen die Zurücknahme der Konzeption gestattet. Auch die Wohnungsmieter sollen in Zukunft bei der Vererbung von Häusern als Scharpflichtigen mitgehört werden. Mit den Wuchergelegenheiten sieht sich noch mancherlei unternommen, wenn die Gerichte sich nicht lieber meist auf den Standpunkt gestellt hätten, daß man den börsenmäßigen Preis ohne weiteres annehmen kann. Bei Zucker dürfte die Rationierung zur Zwangswirtschaft unermesslich sein. Ebenfalls wird das Reich das Zuckermonopol verpflanzen, Süß- und Schokoladefabriken nicht mehr mit Inlandzucker zu versorgen.

Der Minister kam dann auf den Plan einer Devisenkontrolle zu sprechen, der sich angesichts der Erscheinungen auf der Leipziger Börse andrängen müßte, wo die Verkäufer Bezahlung in fremden Devisen verlangen. Diese Entwicklung ist eine gar nicht zu unterschätzende Gefahr für den Fortgang der ganzen deutschen Wirtschaft. Industrie und Handel sind nicht kapitalstark genug, um diese Flucht vor der Mark mitmachen zu können. Hier muß durchgreifendes geschehen.

Auch das preussische Staatsministerium befaßt sich gern eingehend mit Maßnahmen für eine Bekämpfung von Wucher und Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt. So wurde u. a. in Aussicht genommen, die Wiedereinführung des Zwangs der Preisbegrenzung und Preisbindung der Konsumgüter zur Kontrolle der Preise in den Geschäften und auf den öffentlichen Märkten. Das Ministerium des Innern wird bereits dieser Tage mit einigen unmittelbar vor dem Abschluß stehenden Verordnungen herauskommen.

Broterversorgung nur für Minderbemittelte.

Berlin, 2. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die öffentliche Brotversorgung auf Minderbemittelte beschränkt werden soll. Wie die Devisen erhebt, gelten als versorgungsberechtigt diejenigen Personen, deren Einkommen 1921 für Alleinlebende 3000, für den Haushaltsvorsorger 3000 und für jede zum Haushalt gehörende Person 10000 Mark betrug. Personen, die den Nachweis erbringen, daß das Einkommen 1922/23 das Dreifache des oben genannten Einkommens nicht übersteigt, bleiben versorgungsberechtigt. Auch der Verordnung wird den Kommunalverordnungen freie Hand gelassen, wie sie den Anspruch von höher Bemittelten auf Marktbrot festlegen wollen. Zunächst dürfte die Vorlegung der Einkommenssteuererklärung verlangt werden.

Die Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums.

Berlin, 1. Sept. Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage sind vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Die Renteneinsparungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten bisher schon neben der erhöhten Rente laufende Unterstützung. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen für die Hilfe des Reichs zu außerdem eine Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden, oder beide zusammen, sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der auszumachenden Beiträge beisteuern, jedoch nur 12 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Unterbindung der gegenwärtigen Notlage der Sozialversicherung alsbald verwendbar sind. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Herabsetzung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohnes vorgeschlagen. Außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einige für die Berechnung der Leistungen maßgebender Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterhaltung notleidender Kleinrentner wurden von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark erhöht. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbekindigte und Kriegshinterbliebene, die durch das Gesetz vom 21. Juli mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für September um durchschnittlich 60% Prozent erhöht. Außerdem soll noch am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen werden, jedoch die Teuerungszuschüsse gegenüber den Ausgabebetragen insgesamt um rund 140-200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichszuschüsse an die sozialen Kriegsbekindigten und Kriegshinterbliebene, die durch das Gesetz vom 21. Juli mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für September um durchschnittlich 60% Prozent erhöht. Außerdem soll noch am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen werden, jedoch die Teuerungszuschüsse gegenüber den Ausgabebetragen insgesamt um rund 140-200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichszuschüsse an die sozialen Kriegsbekindigten und Kriegshinterbliebene, die durch das Gesetz vom 21. Juli mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für September um durchschnittlich 60% Prozent erhöht.

Die Gewerkschaften und die Teuerung.

Berlin, 1. Sept. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsbund der Angestellten, und Arbeiterverbände des Deutschen Gewerkschaftsbund) haben heute vormittag Stellung genommen zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung und die Wirtschaftskrisis. Was darüber bisher bekannt geworden ist, wird in den Kreisen der Gewerkschaften als nicht genügend betrachtet. Angesichts der wachsenden Notlage der breiten Arbeitnehmerschichten halten sich die Gewerkschaften für verpflichtet, auf der rechten Durchführung ihrer vor einigen Tagen der Reichsregierung gemachten Vorschläge zu bestehen. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in dringendster Form neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gefordert.

Berlin, 2. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die Forderung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die gestern in dringendster Form sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung wegen der Teuerungsmassnahmen verlangten, werden durch den Parlamentsdienst heute des näheren erläutert. Jeden Tag schreibt die Korrespondenz, verlangen wir, daß, bevor man höchst und eilt, um bald die Erhaltung der Untertagepreise für das dritte Drittel aufzuheben zu können, einmal für unsere Gehälter und Gehaltszuschüsse gesorgt werden muß, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortzuschreiten. Weiter heißt es, wo bleibt die Anwendung der Wuchergeetze? Wie gedenkt man dem entsetzlichen Launen auf dem Produktmarkt durch energische Maßnahmen entgegenzutreten? Wie lange soll sich das Volk noch des Unrechts an der Börse gefallen lassen? Der „Vorwärts“ bemerkt nicht ohne Unrecht, daß es auffallend sei, daß die gegenständliche Einparnung unserer außenpolitischen Lage, die eine Rückwirkung auf den Devisenkurs haben müßte, sich bisher in dieser Richtung nicht ausgewirkt hat.

Deutsches Reich.

Zum Volksbegehren in Sachsen.

Dresden, 1. Sept. Im Rechtsausschuß des Sächsischen Landtages wurde gestern bei der Beratung über die Vorlage zum Volksbegehren mit sämtlichen bürgerlichen und den kommunistischen Stimmen der vollparteiliche Antrag angenommen, daß der Landtag eine sofortige Auflösung beschließen möge. Die Demokraten erklärten, wenn in der Zwischenzeit die nur von zwei Drittel der Abgeordneten für dringlich erklärten Angelegenheiten erledigt würden. Die entscheidende Plenarsitzung findet am 14. September statt.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Börsenwoche.

Papiermark und Effekten. — Der Ausverkauf.

Die Valutapanik, die immer wieder neue Zuckungen im Wirtschaftsleben Deutschlands hervorruft, hat die Flucht vor der Reichsmark und die Sucht nach dem Erwerb von Sachwerten von neuem vertieft. Der kärgliche Rest an Auslandswerten, den Deutschland noch besitzt, und die Industriewerte rangen um die Palme in diesem Kampfe um Sachwerte. Das Kaufinteresse war an den einzelnen Tagen sehr verschieden, je nachdem die Aussichten der Reparationsverhandlungen für Deutschland hoffnungslos oder etwas unversichtlicher beurteilt wurden. War so das Auf und Ab der Devisenkurse für den Umfang der Geschäftstätigkeit von ausschlaggebender Bedeutung, so zeigte es sich auf der andern Seite, daß Nachfrage nach Effekten auch dann bestehen bleibt, wenn der Dollarkurs einmal sich von seinem schamlos hohen Niveau ermäßigt. Die neue furchtbare Preiserhöhungswelle an den Warenmärkten hat das Bewußtsein von der Entwertung der Reichsmark, aber auch das Bewußtsein, daß die Effektenkurse die einzige Ware sind, die dieser katastrophalen Entwertung der Mark sich in der Bewertung noch nicht angepaßt haben, immer weiteren Kreisen eingepreßt. Dazu kam, daß die Käufe des Auslandes immer umfangreicher werden. Bei den Banken trafen an manchen Tagen ganze Körbe von Depeschen aus dem Ausland ein, in denen die Umwandlung ausländischer Marktpapiere beordert wurde. Das Ausland kaufte besonders Rentenwerte, Kallwerte, Anilin- und Elektropapiere, ferner russische, mexikanische und ungarische Renten. Einzelne deutsche Großkonzerne kämpfen gegen diese Auslieferung der wertvollsten Stücke des deutschen Wirtschaftskörpers an das Ausland zu unerhöht niedrigen Preisen an, indem sie ihrerseits ihren Effektenbesitz auszuweiten und abzurufen suchen. Auch das Publikum fühlt instinktiv, daß dieser Ausverkauf Deutschlands bei den jetzigen Devisenkursen zu schmachvoll niedrigen Preisen erfolgt. Herrsche nicht überall eine geradezu erdrückende Geld- und Kreditnot, so werden zweifellos Publikum und Börse schon allein deshalb mit großen Käufen eingreifen, um diese Verschleuderung wertvollen deutschen Besitzes zu verhindern. Aber gerade für Effektenkäufe ist die Geldnot katastrophal. Die Bankwelt schränkt die Spekulationskredite immer mehr ein, sie sucht sich geradezu ihrer Kundschaft zu entledigen, um in diesen ersten Zeiten nicht große Geldmittel festzulegen. Uebrigens schon dieses Moment eine retardierende Wirkung aus, so mahnen die innerpolitischen Zustände, die Furcht vor den unübersehbaren Folgen, die Arbeitslosigkeit der Massen als Folge der Produktionseinschränkung, der Geldnot und der unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung nach sich ziehen müssen, noch mehr zur Zurückhaltung. Aber ungeachtet all dieser das Haussefever dämpfenden Momente gingen die Kurse immer wieder nach oben. Neue sensationelle Kurssteigerungen waren besonders bei den Auslandsrenten zu verzeichnen, so bei den ungarischen Goldrenten, bei den mexikanischen Papieren und den türkischen Werten. Die letztgenannten Werte werden von Frankreich und England systematisch aufgekauft. Die Canada-Aktie stieg im scharfen Tempo weiter, man rechnet mit der Möglichkeit der Rückgabe der deutschen Zertifikate durch die kanadische Regierung. Unter den Kolonialwerten erzielten Otavi neue Rekordkurse. Was den Montanaktienmarkt betrifft, so halten die Stinneswerte, Phoenix und Hohenlohe die Führung. Bei Hohenlohe sprach man wieder von der Schaffung eines polnisch-deutschen Montantrustes unter französischer Führung. Den Kohlenpapieren, besonders Bergener, kam auch das Ueberschichtenabkommen zugute. Die Schiffahrtspapiere konnten eine vorübergehende Abschwächung zum größten Teile wieder einholen; Norddeutsche Lloyd stiegen auf neue Verhandlungen mit den Amerikanern. Am Bankaktienmarkt setzten Handelsanteile auf russische tschechoslowakische Käufe und auf die Erwartung einer baldigen Freizade der San Francisco-Bons ihre Aufwärtsbewegung weiter fort. Lebhaft gesucht waren ferner Wertpapiere auf die starken Preissteigerungen hin. Unter den Spezialwerten fanden besonders Orenstein & Koppel auf Gerüchte von einer neuen Transaktion, Deutsche Waffen (unter Hinweis auf das Goldkapital), Steffner Vulkan, Schölemandel, Schwarzkopff, Motoren Deutz und die Automobilwerte (hier sprach man von einer Fusion Daimler-Benz) Beachtung. Auch der Kassafabrikmarkt zeigte beträchtliche Kurssteigerungen bei lebhaften Umsätzen.

Erhöhte Ausfuhrabgabe ab 3. September 1922.

Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, tritt die Erhöhung der Ausfuhrabgabe am 3. September 1922 in Kraft. Die durchschnittliche Erhöhung der Tarifsätze beträgt 60%. Für Erzeugnisse aus überwiegend ausländischen Rohstoffen wird der Zuschlag auf 30% festgesetzt worden. Für einzelne Waren bleibt es bei den bisherigen Tarifsätzen. Aus den Ausführungsbestimmungen, die im Reichsanzeiger Nr. 194 vom 31. August 1922 veröffentlicht werden, ist folgendes hervorzuheben:

1. Alle Ausfuhranträge, die vor dem 3. September 1922 zur Post gegeben sind, werden noch nach den alten Ausführungsbestimmungen behandelt.
2. Alle Geschäfte, die vor dem 18. August 1922 abgeschlossen worden sind, unterliegen den alten Tarifsätzen bis zum 30. November 1922 bei der zuständigen bewilligenden Stelle der Ausfuhrantrag oder ein formloses Gesuch zur Anwendung der alten Ausfuhrabgabensätze eingereicht wird. Ueberseegeschäften genügt zur Sicherung der Ausfuhrabgabensätze der Nachweis, daß das bindende Verkaufsangebot vor dem 18. August 1922 hinausgelegt ist.
3. Um zu verhindern, daß diese Fristen durch Scheingeschäfte ausgenutzt werden, ist der Nachweis zu führen, daß der Verkauf der Ware mit fester Preisvereinbarung in handelsüblicher Weise und mit handelsüblichen Lieferfristen an das Ausland getätigt worden ist.

Devisenmarkt

Mannheim, 2. Sept. (9.30 Uhr vorm.) Es notierten am heutigen Platz (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 1230, Holland 47000, London 5500, Schweiz 23000, Paris 9000.

New York, 1. Sept. Kurs der Reichsmark bei Börsenschluß 0,68 (0,06%) cents. (Dies entspricht einem Kurs von 1250 (1568,63) für den Dollar.

Währungen	31. Aug.	1. Sept.	(in Franken)
Frankreich	0,20	0,41	22,25
Italien	0,00	0,00	40,15
Belgien	17,30	17,25	113,50
Holland	204,75	208,25	128,90
London	5,25	5,00	89,30
Paris	23,45	23,47	101,75
Madrid	38,40	39,90	189,50
Buenos Aires			

Dollarkurs 1230 Mark.

Kopenhagen	31. 1.	(in Kronen)
Stichtw. a. Hamburg	0,21	0,38
" " Amsterdam	182,00	182,35
" " Schwed.	28,81	30,43
" " New York	1,57	1,67
Stockholm	31. 1.	
Stichtw. a. Berlin	0,21	0,38
" " Amsterdam	117,25	117,50
" " Schwed.	72,15	72,10
" " Washington	3,78	3,78
Wien	31. 1.	
Amsterdam	30,195	288,0
Berlin	31,10	585,5
Kopenhagen	165,12	1629,5
London	34,0	
New York, 1. Septbr. (WB) Devisen	31. 1.	
Frankfurt	7,58	7,51
Basel	7,53	7,41
Schwed.	19,22	19,21
England	4,12	4,10
Spanien	15,53	15,51
Italien	4,16	4,12
Deutschland	0,96	0,98

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 1. Sept. Die heutige Börse verlief in etwas abgeschwächter Haltung. Von Banken wurden Rhein. Creditbank-Aktien zu 290% und Südd. Disconto zu 335% gehandelt. Ferner von Industrie-Aktien: Anilin zu 1620%, Westeregeln zu 2250%, Benz zu 600%, Gebr. Fahr zu 800% und Zellstoff-fabrik Waldhof zu 1030%. Begehrt blieben noch: Dingerler zu 790%, Hedderheimer zu 770%, Karlsruher Nähmaschinen Haid & Neu zu 800%, Maschinenfabrik Badenia zu 675%, Pfalz. Nähmaschinenfabrik zu 740%, Cementwerke Heidelberg zu 100%, Rhein-Elektra zu 440% und Freiburg. Ziegelwerke zu 800%.

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 1. September.

Elektrolytkupfer	31. Aug.	1. Sept.	Aluminium l. Barr.	31. Aug.	1. Sept.
1000 kg	3792	4450	1000 kg	533,50	529,50
1000 kg	400-510	260-280	Zinn, westlnd.	120-1275	910-930
1000 kg	180-200	140-110	1215-1255	890-905	
1000 kg	2190	2402	Nickel	145-111	790-740
1000 kg	240-250	220-230	Antimon	175-181	125-131
1000 kg	130-230	110-150	1000 kg für 1 kg	3000-3100	3000-3000
1000 kg	681	518	Platin g. Gr.		

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 1. Septbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).	31. Aug.	1. Sept.	Zof. aus	30000	12000	Stand wt.	11,30	11,30
Kaffee loko	10,00	10,00	Elektr.	14,00	14,00	Druckst.	2,00	2,00
Oktober	9,50	9,45	Zinn loko	32,50	32,00	Zuck. Centrl.	2,25	2,24
Dezemb.	8,10	8,10	Blat	5,95	5,95	Torpeda	123,00	123,00
März	6,30	6,30	Zink	8,25	8,25	Savannah	117,25	117,25
Mai	5,20	5,20	Eisen	12,00	12,00	H. Ost. Baum	22,00	21,75
Juli	4,30	4,30	Wolfram	4,75	4,75	Wolfram rot	116,00	116,00
Aug. loko	2,20	2,15	Wolfram	11,30	11,30	hart loko	117,00	116,00
September	2,10	2,10	Zinn	7,00	7,00	Wald loko	77,00	77,00
Oktober	2,00	2,00	Schwefel	9,50	9,50	Wald loko	8,25	8,25
November	2,00	2,00	sept.	9,50	9,50	Wald loko	8,25	8,25
Dezember	2,00	2,00	Tank	15,00	15,00	Wald loko	8,25	8,25
Januar	2,00	2,00	Wald	5,50	5,50	Wald loko	8,25	8,25

Chicago, 1. Septbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).	31. 1.	1. Sept.	Roggen Mal <th>62,15</th> <th>71,25</th> <th>Sanwalde <th>10,40</th> <th>9,90</th> </th>	62,15	71,25	Sanwalde <th>10,40</th> <th>9,90</th>	10,40	9,90
Weizen Sept.	92,15	100,00	Schwefel	10,25	10,25	10000 niedr.	9,40	9,90
Oktober	108,00	102,00	Schwefel	10,25	10,25	10000 niedr.	9,40	9,90
Januar	99,15	90,00	Wald	10,30	10,30	10000 niedr.	9,40	9,90
März	84,50	85,00	Wald	10,30	10,30	10000 niedr.	9,40	9,90
Mai	71,50	72,00	Wald	10,30	10,30	10000 niedr.	9,40	9,90
September	58,00	58,00	Wald	10,30	10,30	10000 niedr.	9,40	9,90

Süddeutsche Industrie- und Handelsbank A.-G., Stuttgart. Mit einem Grundkapital von einer Million \mathfrak{M} wurde, das Bankgeschäft Köhler & Co. in eine A.-G. umgewandelt. Der Vorbesitzer Bankier Adam Köhler, der zum Vorstand bestellt wurde, bringt sein Geschäft mit sämtlichen Aktiven und Passiven in die A.-G. ein.

Goldina A.-G. Bremen. Eine auf den 22. September einberufene außerordentliche Generalversammlung soll über die Erhöhung des Grundkapitals um 27 Millionen auf 50 Mill. \mathfrak{M} durch Ausgabe von 25 Mill. \mathfrak{M} Stammaktien und 2 Mill. \mathfrak{M} Vorzugsaktien beschließen.

Ermäßigung des Mehlpriese. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung notiert jetzt Weizenmehl Spezial 0 mit 9650 \mathfrak{M} für den Doppelzentner. Da die Zurückhaltung der Käufer anhält, sind nur wenige Geschäftsabschlüsse getätigt worden.

Die neuen Zuckerpreise. Die Preissteigerung für Inlandzucker, den die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der deutschen Zuckerindustrie festgesetzt hat, beträgt je Zentner 1200 \mathfrak{M} . Für den Rest der Ernte 1921/1922 stellt sich danach der Preis des gewöhnlichen gemahlenden Zuckers (Mella) bei Lieferung ab Fabrik in Magdeburg pro Zentner auf 2500 \mathfrak{M} . Bei Lieferung ab Fabrik nach anderen Orten ergeben sich geringe Abweichungen.

Die Spiritusmonopolverwaltung hat ab 1. September die Preise wie folgt erhöht: den regelmäßigen Verkaufspreis auf 25000 \mathfrak{M} , Essig-Brantwein 5000 \mathfrak{M} , und den „allgemeinen ermäßigten“ Verkaufspreis auf 4300 \mathfrak{M} für 1 hl Weingeist, der „besondere ermäßigte“ Verkaufspreis von 4800 \mathfrak{M} bleibt unverändert. Die Essigsäuresteuer steigt auf 4570 \mathfrak{M} und für Auslandssäure auf 6355 \mathfrak{M} . Der regelmäßige Monopolausgleich beträgt jetzt, wenn er vom Gewicht berechnet wird, bei Likören 9000 \mathfrak{M} , bei Arrak, Rum und Kognak 14 100 \mathfrak{M} für den dz.

Erhöhung der Nähgarpreise. Das Nähgarer Syndikat hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, auf die Preislisten vom 21. August erneut einen Aufschlag von 9% mit Wirkung vom 29. August in Kraft gesetzt.

Preiserhöhung für Hängeschlösser. Wie uns der Eisen- und Stahlwaren-Industrieclub in Elberfeld mitteilt, hat die Vereinigung Deutscher Hängeschloß-Fabrikanten, Sitz Elberfeld, sich gezwungen gesehen, die Verkaufsaufschläge für gewöhnliche Hängeschlösser im Inland auf 7800% und im valutaschwachen Ausland auf 8800% zu erhöhen. Hängeschlösser mit Messingteilen gelten im Inland mit 8300% und im valutaschwachen Ausland mit 9300% Aufschlag, während Schlösser ganz aus Messing im Inland mit 8800% und im valutaschwachen Ausland mit 9800% Aufschlag geliefert werden. Die Devisenpreise für das valutaschwache Ausland bleiben bestehen. Vorstehende Preise sind wieder freibleibend. Es kommen die am Tage der Lieferung gültigen Preise zur Berechnung.

Deutsche Chemische Werke A.-G. Berlin. Die Ende vorigen Jahres gegründete Gesellschaft beabsichtigt die Ausgabe von 7 Millionen \mathfrak{M} neuen Inhaberaktien unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts. Darnach würde das Grundkapital 12 Millionen \mathfrak{M} betragen.

Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-A.-G., Berlin. Unter Hinweis auf Wagenbeschaffungen, die aber mit dem bekannten erledigten Rechtsstreit zwischen der Compagnie Internationale und der deutschen Regierung nichts zu tun haben, plant die Gesellschaft, lt. „Frkf. Ztg.“, eine neue Verdoppelung ihres Aktienkapitals. Es werden wiederum Namensaktien geschaffen und an die bisherige Gruppe begeben, augenscheinlich 40 Mill. \mathfrak{M} Stamm- und 4 Mill. \mathfrak{M} Vorzugsaktien, sodaß das Gesamtkapital auf 88 Mill. \mathfrak{M} steigen würde. Die in Rücksicht auf den gedachten Prozeß verzögerte Vorlegung der Bilanz für 1920/21 dürfte demnächst erfolgen und es dabei zu einer Erhöhung der Dividende (i. V. 8%) kommen.

Hugo Schneider A.-G. Leipzig-Paulsdorf. Die Generalversammlung beschloß eine Erhöhung des Aktienkapitals um 26 auf 51 Millionen \mathfrak{M} durch Ausgabe von 24 Millionen \mathfrak{M} neuen Stammaktien und 2 Millionen \mathfrak{M} neuen Vorzugsaktien. Die bestehenden 1 Mill. \mathfrak{M} Vorzugsaktien sollen in Stammaktien umgewandelt werden. Die letzte Kapitalerhöhung um 6 auf 25 Mill. \mathfrak{M} war im Mai v. J. beschlossen worden, wobei den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis von 5:1 zu 150% gewährt worden war.

Maschinenfabrik Germania J. S. Schwalbe A.-G. in Chemnitz. Die Verwaltung beantragte eine Erhöhung des Aktienkapitals von 12,3 auf 21,3 Millionen \mathfrak{M} . Es sollen 6 Mill. \mathfrak{M} Stammaktien und 6 Mill. \mathfrak{M} Vorzugsaktien Serie B. über je 2000 \mathfrak{M} mit auf 10% beschränkter Höchstdividende, sowie 300 000 \mathfrak{M} Vorzugsaktien Serie B. mit auf 20 Jahre beschränktem Stimmrecht ausgegeben werden. Die 6 Mill. \mathfrak{M} Stammaktien sollen im Verhältnis von 3:2 zu einem noch festzusetzenden Kurse angeboten werden.

Die Reichstreuhandgesellschaft, die bekanntlich in öffentlicher Hand ist (Reich, Bundesstaaten, Gemeinden usw.), beabsichtigt bekanntlich, nachdem jetzt die Geschäfte mit der Reparationskommission dem Ende zuneigen, anstelle der bisherigen Verwertung von Reichsgut andere Geschäfte aufzunehmen. Sie hat dazu vorgeschlagen, wie die „Frkf. Ztg.“ berichtet, aus dem Statut einige Bindungen weglassen zu lassen. In der heutigen G.-V. hat der Vertreter des Landes Bayern dagegen gestimmt. Sein Staat sei der Ansicht, es sei nicht notwendig „Kriegesgesellschaften“ zu erhalten. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß schon bei der Gründung der Treuhandgesellschaft ihr Bestand als ein dauernder angesehen wurde. Die Gesellschaft soll auch nicht privatwirtschaftliche, sondern allgemeinwirtschaftliche Interessen verfolgen.

Arbeitsüberlastung der Berliner Banken und Bankfirmen. Die der sogen. Stempelvereinigung angehörenden Berliner Großbanken und Großbankhäuser haben sich durch die von Tag zu Tag sich steigernde Arbeitsüberlastung zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß sie bis auf weiteres jede Verantwortung für pünktliche Ausführung von Börsenaufträgen ablehnen müssen, wieweil sie bemüht sein werden, soweit es im Bereiche der Möglichkeit liegt, den Wünschen der Kundschaft gerecht zu werden. Die Leitung der Interessengemeinschaft der Berliner Privatbankfirmen (Gruppe A der B.B.W.) hat in ihrer Sitzung vom 28. August 1922 festgestellt, daß für die Berliner Privatbankfirmen gegenwärtig genau die gleichliegenden Verhältnisse bestehen und daß demnach die von den Großbanken abgegebene Erklärung auch im Verhältnis der hiesigen Privatbankfirmen zu ihren Kunden Geltung haben muß.

Entscheidungen des Reichsfinanzhofs.

Umsatzsteuerpflicht der von einer Hafentreibergesellschaft erhobenen Entgelte für die Benutzung der Umschlagseinrichtungen (Kran-, Wiege-, Hafen-, Uebergehänge). Nach § 2 Nr. 5 des Umsatzsteuergesetzes von 1919 sind Beförderungen im Sinne des Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 3. April 1917 mit einigen Ausnahmen von der Umsatzsteuer befreit. Soweit daher die grundsätzliche Geltung des Verkehrssteuergesetzes reicht, wird für eine Beförderungsleistung eine Umsatzsteuer nicht erhoben, gleichgültig, ob das Verkehrssteuergesetz die Beförderungsleistung besteuert oder nicht. Allein das Verkehrssteuergesetz umfaßt nicht alle Beförderungen, sondern nur bestimmte Beförderungen, die im § 1 des Gesetzes umschrieben sind. Das Verkehrssteuergesetz regelt hiernach, abgesehen von dem Fall des § 1 Abs. 2 (feste Autolinen): 1. die Beförderung auf der Eisenbahn, 2. auf Wasserstraßen. Nicht darunter fällt der Umschlagverkehr von der Eisenbahn zum Schiff. Wie sich aus § 4 des Verkehrssteuergesetzes ergibt, versteht dieses Gesetz unter Beförderung diejenige Leistung, für die der Beförderungspreis bezahlt wird. Nach § 5 der Ausführungsbestimmungen zum Verkehrssteuergesetz gelten im Eisenbahnverkehr als Beförderungspreis alle Gebühren, die als Gegenleistung für die Fortbewegung der Güter auf dem Schienenweg von der Verladung bis zur Entladung gefordert werden. Im Schiffsverkehr ist nach § 15 der Ausführungsbestimmungen zum Verkehrssteuergesetz als Beförderungspreis derjenige Betrag anzusehen, der für die Fortbewegung der Güter vom Zeitpunkt der beendeten Verladung bis zum Zeitpunkt der Anlegung des Schiffes zum Zwecke der Löschung an den Betriebsunternehmer zu zahlen ist. Daraus geht hervor, daß alle Leistungen, welche die Be- und Entladung der Fahrzeuge und die Zuführung der Güter zur Eisenbahn oder zum Schiffe zum Gegenstand haben, nicht als Beförderung im Sinne des Verkehrssteuergesetzes gelten. Bei der Krangebühr (für die Benutzung eines Krans), der Wiegegebühr (für das Wiegen der Güter), dem Hafenteld (für das Stillliegen eines Schiffes im Hafenbecken) und dem Ufergeld (für die Benutzung der Uferflächen bei der Be- oder Entladung eines Schiffes) handelt es sich nicht um Entgelte für eine Beförderung im Sinne des Verkehrssteuergesetzes, sondern um Aufwendungen, die mit dem Be- und Entladen der Eisenbahnwagen und Schiffe zusammenhängen. Die Abgaben sind daher umsatzsteuerpflichtig.

(Urteil vom 23. Mai 1922 V A 271/21.)

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Regulation vom Rhein	28.	29.	30.	31.	1.	2.	Bemerkungen
Sohleströmung	2,17	2,13	1,95	2,00	2,08	2,30	Abends 6 Uhr
Kehl	2,14	2,10	2,04	2,09	2,09	2,09	Nachts 2 Uhr
Neuen	1,37	1,30	1,23	1,23	1,23	1,23	Nachts 2 Uhr
Mannheim	1,11	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	Morgens 7 Uhr
Neustadt	2,77	2,70	2,66	2,66	2,66	2,66	F.-B. 12 Uhr
Kahl	2,63	2,56	2,56	2,56	2,56	2,56	Nachts 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	4,08	3,98	3,76	3,68	3,63	3,33	Vorm. 7 Uhr
Neuen	0,45	0,42	0,42	0,37	0,36	0,50	Vorm. 7 Uhr

Verantwortlicher Herausgeber und Verleger: Dr. Georg Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, S. 6, 2. Direktion: Hermann Deime. — Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Damm; für Druck: W. Peter; für Druckerei: Alfred Rademacher; für Belag und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schaefer; für Anzeigen: Carl Engel.

Bildung und Unterhaltung

Kleist als Tragiker.

Von Heinrich Heis.

Kleist's Schaffen ist im Besten und Tiefsten nur aus seinem Wesen heraus zu verstehen. Untrennbar wie bei kaum einem anderen Künstler, gehört beides zusammen, Leben und Werk, und beides entspringt dem gleichen Urgrund, rührt sich aus der Eigenart, aus Zwang und unwiderstehlicher Notwendigkeit des Charakters. Dem Dichter wie dem Menschen ist gleich jedem Konventionellen auch aller Ausgleiche, alles Halbes, alles Balthieren der Lebensklugheit verhasst. Der Dämon treibt ihn zugleich zum Schöpfen und zur Selbsterlöschung. Eine Natur wie die seine ist unglücklich in notwendiger Vereinnahmung; sie vereinnahmt den Kampf, ihr Ringen wird niemals Erlösung. Sie ergibt aber zugleich den Urknall des Tragikers in dem ruhelosen Streben nach Ueberwindung der in ihr beschlossenen Spannungen und Gegensätze.

Allem Realistischen und Alltäglichen des Lebens steht Kleist ohnmächtig gegenüber. Für materiellen Ruhm hat er so wenig Sinn wie für die konjunktive Klugheit des Weltmanns. Die Disharmonie eigener Meinungen, Wünsche und Interessen mit denen der Welt und des Alltags reißt eine unüberbrückbare Kluft. Seine Figuren tragen den Stempel gleicher Eigenart: Auch in ihnen wirkt das Ungelebte, das Wilde, Leidenschaftliche und Rücksichtslose, und doch wieder das Weiße, innerlich Zerbrochene ihres Schöpfers. Auch ihnen gelten nicht die konventionellen Gesetze des Rechts; das Naturrecht ihrer Erkenntnis, ihres nativen Gefühls steht ihnen höher, ist ihnen wahrer und lebendiger als der tote Buchstabe, die soziolethale Ueberlieferung der Norm.

Das Streben nach Verwirklichung seiner selbst bedeutet den hervorragendsten Zug in Kleist's widerspruchsvollem Wesen. Er gibt das typische Beispiel des am Leben leidenden, am Leben zerbrochenen Genies. Er wird problematisch als Charakter durch die Einzigkeit seiner Art, die überaus reiche Empfindlichkeit, die doch seinen Gehalten wieder eine ungemessen lebensvolle und eindringliche Ursprünglichkeit verleiht. Das Werk offenbart die verschlossene Seele; kämpferisches Ringen um das unerreichbare Ideal, Sehnsucht nach Erfüllung in Liebe. Aber das Schicksal des Tragikers ist Vereinnahmung. Der geschärfte Subjektivismus, der die Welt in ihrer bestehenden Teilbarkeit abstrahiert, gewinnt nicht die Selbstüberwindung zur Befreiung in einem anderen Wesen. Er findet keinen Gefährten, keine Teilnehmerin seiner Sorgen und Räte. In bitterem Trotz erklärt die Lebenswärme des schneidenden Herzens. Der Tragiker muß unversöhnt, ungeleitet, seinen Weg bis zum Ende gehen, den Weg des Schöpfens und der Qual. Erst die Todesstunde gibt ihm mit der Selbstvernichtung auch den Glauben festlichen Zusammenstimmens, durch Opfer und Zwang gemeinschaftlichen Sterbens.

Kleist's Dichten ist Naturtrieb, intuitiv erfüllt, outlanlich zum Ausbruch drängend. Die Eigenart seines Stils, seiner Probleme, seiner Menschen- und Schicksalsgestaltung entspricht der Besonderheit seines Charakters. Er ist ganz und gar unpathetisch. Er kennt keine rhetorischen Verschönerungen, keine Sentenzen, kein Bewußtes, Ideenhaftes, es sei denn das Streben, alles Bunte, Vielfältige des Lebens im Spiegel des Dichtwerks einzufangen. Sein Schaffen ist Ausdruck und Effekte. Das Geheimnisvolle seelischen Heißendens, das Bizarren, Traumatische, Dämonische zieht ihn an. Er fragt nicht nach Schönheit, nach gefälliger Wirkung, er will wie das Leben sein, unheimungslos und erschütternd, furchtbar und erhaben und vor allem wahr. Eben diese innere Wahrhaftigkeit ist es, die seine Schöpfungen zu stärkstem und untergeordnetem Eindruck steigert.

Seine Menschen — Blut von seinem Blut — sind rüchhaltig schließliche Naturen. Ganz sich einsehend für ihre Idee, leben sie ihre Gefühle in unerschütterlicher Konsequenz. Und dieses Gefühl, das Unmittelbare des Lebens und Vollbringens, ist in ihnen stärker als der Verstand. Der Dualismus von Erkenntnis und Handeln löst sich für sie zur Einheit auf. Die seelische Wesen heßt sich, wie in einem Brennpunkt erlicht, hell ab von dunklen Grund. Kleist ist in modernem Sinn der erste Gestalter des Seelisch-Individualen im Stil eines psychologischen Realismus. Auch in der Höhe des Gefühls stets apolitisch, leitet ihn die Natürlichkeit, die schlichte Menschlichkeit allein den Schwung fortstreifender Rede.

Aus dem Leid des eigenen Herzens begreift Kleist zutiefst das menschliche Uebel, die unendliche Erlösungssehnsucht. In sich selber beschließt er alle Gegenjähre, die in seinem Dichten Gestalt nehmen. Durch diese innere Disharmonie aber, durch das Gefühl der Unzulänglichkeit und das ewige Ringen, es zu überwinden, vollzieht sich seine Berufung zum Tragiker. Immer unbefriedigt, aus äußerster Spannung, gedrängt, muß Kleist seine Lebensindrücke ins Künstlerische umprägen, sich durch das geschaffene Werk von ihnen zu befreien. Er trägt die Qual des Seins gleichsam nur durch ein ewiges Verwandeln, indem er die Wesen jener Menschen nimmt, die er verachtet und handeln läßt. Dieses Sich — Wandeln — Können aber ist des Tragikers bestes Teil. Und das Unselige, Zerstückelnde des Temperamentes wird zur Weihe, zur starken Erhebung für den Dichter.

Im Werk hat Kleist — in seinen letzten, reifsten Dramen zumindest — jene Harmonie erreicht, die dem Menschen zu finden nicht vergönnt war. Ueber alle Gegenfälligkeit hat Schöpfermilde den Sieg errungen. Das Leben aber ist in Klippen und Strudeln zerstückelt, ehe ihm ein Sonnenbild jener Zukunft leuchtete, die erst dem Toten den Kranz der Unsterblichkeit bot. —

Die Forderungen der reinen Schauspielkunst.

Von Rudolf Bernauer.

Rudolf Bernauer ließ im Verlag Erich Reiß, Berlin, ein Buch erscheinen, das auf analytischem Wege den Nachweis führen soll, daß die Schauspielkunst zwischen produzierender und reproduzierender Kunst eine Sonderstellung einnimmt. Einen der besten Abschnitte des interessantesten, lehrreichen Buches geben wir hier wieder.

Die eigentliche Schauspielkunst als eine selbständige Kunst, die ihre eigenen Gesetze und ihre erprobten Wirkungen hat, ist leider nur zu oft bestritten. Diese ihre Hilfsmittel allein bei der Hervorbringung ihres Produktes scholten zu lassen. Sie übersieht hierbei, daß ihre Kunstgriffe, obwohl am menschlichen Körper ausgeübt, niemals alleiniges Mittel der Menschendarstellung sein können. Was eine so ganzente Schauspielkunst hervorbringt, sind im günstigsten Falle Theaterfiguren, die mit ihrer objektiven, dichterischen Vorlage nichts mehr gemein haben als das Menschliche, also Unwesentliche.

Dieser Uebelstand wird immer dort besonders stark hervortreten, wo ein Theater durch die beschränkte Anzahl seiner Interessenten oder durch ein lukratives Abonnement zum allzu häufigen Wechsel seines Spielplans gezwungen ist, sobald zur Einstudierung eines neuen Bühnenwerkes immer nur recht wenig Zeit zur Verfügung stehen kann. Solche Kunststätten — und es sind ihrer nicht wenige — bilden eine große Gefahr für die Höherentwicklung des Theaters. Der junge Schauspieler, der in einer derartigen Umgebung mit den Mitteln der Menschendarstellung zu arbeiten versucht, ist entweder zur Wirkungslosigkeit oder zur schlechten Assimilation an seine Rolle verurteilt. Die große Masse der Zuschauer, seit jeder den größten Theatereffekten zugänglich, ist nur allzu schnell geneigt, gerade diese Darbietungen für Kunst anzusehen. Es gibt im Reiche außer einer Unmenge kleinerer Theatervorstellungen der geschickten Art noch eine ganz Anzahl größerer, ja großer Theater, deren Darbietungen stets haarscharf an der Wahrheit vorbeigleiten und die diesen Mangel durch eine verstärkte Theatralik trefflich zu verbergen wissen.

Die auf diese Weise erzogenen Schauspieler sind für die wahre Kunst in den meisten Fällen verloren. Die in Frage kommenden Institute sind den maßgebenden Faktoren wohl bekannt, und mancher vorsichtige Bühnenleiter lehnt es grundsätzlich ab, Korpsphän eines solchen Ensembles zu engagieren, versucht es aber zuweilen nicht ohne Glück mit einem Darsteller, der an derselben Stelle erfolglos oder unbemerkt geblieben war.

Eine der gefährlichsten Klippen, an der die Menschendarstellung scheitern kann, ist das Pathos.

Es gibt ein gewisses Bühnenpathos, das der menschlichen Natur fremd ist. Daher gehört es auch nicht zu den Mitteln der Menschendarstellung. Es ist ursprünglich entstanden aus der mißverständlichen Ansicht des Dichters, alle Geschehnisse und die sie begleitenden, bewirkenden oder durch sie bewirkten Gedanken und Empfindungen zu rhytmisieren. Dieser Rhythmus ist ungefähr das, was wir die Melodie des Dichtwerks nennen. Die Schauspielkunst kann zum Erlösen der Melodie nur durch die Perzeption gelangen. Die schlichte Schauspielkunst aller Zeiten, entweder zur Perzeption zu träge oder zu anfänglich, hat sich für die Wiederhergabe der Melodie eine Schablone zurechtgefunden, die auf jedes Dichtwerk angewendet werden kann, weil sie für kein einziges paßt. Auf diese Weise wird das sogenannte Sprachrohr des Dichters zu einer Blechtrumpete. Hier zeigt sich wieder einmal die Eigenart des Objekts auf schärfste. Die Wesen, wenn sie Absichten des Dichters ausdrücken will, hat nur darauf zu achten, daß ihre Sprache lebendig und wahrhaftig sei, daß sie nicht in literarische Rhythmen verfallt, und daß sie das Edle, das Erhabene erheben und das Einfache einfach gestalte. Sie gebraucht den Rhythmus zur Verstärkung der Intensität und überläßt es der Empfanglichkeit des Lesers, wie stark oder wie schwach er sich von ihm gefangen nehmen lassen will.

Die Schauspielkunst hingegen benutzt für ihr Produkt die im wahrsten Sinne lebendige Sprache des Menschen, die sich von der lebendigen Sprache des Dichters außer durch die selbstverständliche Konvention noch darin unterscheidet, daß sie in jedem einzigen Augenblick neu geboren werden muß.

Dieser Imperativ ist zwingend. Er steht an erster Stelle und Rhythmus, Pathos, Melodie können hier nur angeschlossen, um die Sprache des Menschen auf dem Theater zur Kunst zu erheben.

Daraus folgt, daß selbst das richtig perzipierte, dem jeweiligen Dichtwerk zukommende Pathos erst an zweiter Stelle stehen darf, soll nicht die Schauspielkunst gegen den Geh der Menschendarstellung verstoßen. Das schablionierte Bühnenpathos aber — selbst in seiner erträglichsten Form — macht, weil es kein Mittel der Menschendarstellung, sondern ein künstliches Füllmaterial der Schauspielkunst ist, jede Spontanität der Sprache unmöglich. Es kann nie die Vorstellung erwecken, als ob das einzelne Wort in jedem einzelnen Augenblick erst geboren werde.

Das immerwährende Gebären der Gedanken und das Spontane der Empfindungen im Effekt verlangen vom Individuum eine gewaltige physische und psychische Anstrengung. Darum lächeln sich oft selbst geniale Darsteller, wenn sie durch übertrieben häufige Gastspiele oder vom Alter übermüdet sind, zu einem Pathos der Theatertroupe. Ihm fehlt der im Laufe der Begebenheiten nötige Wechsel des seelischen Inhalts. Dadurch wird die äußere Form, ursprünglich nur dessen Behälter, plötzlich zum Selbstzweck und ruft, da ihr ja innerhalb einer Kunstleistung gemächlich keine allgäugrige Variationsmöglichkeit zu Gebote steht, den Eindruck der Monotonie hervor. Obwohl dieser Fehler hier keinem Mangel an Kunstgefühl zu entspringen braucht und nicht in allen Darbietungen zutage tritt, wirkt er doch recht störend. Der große Reiz und der berühmte Reiz waren in ihren letzten Jahren nicht frei von ihm.

Nicht zu den Mitteln der Menschendarstellung gehören überhaupt alle Werkzeuge der theatralischen Konvention.

Wenn wir nun das Konventionelle, soweit es seinen Ursprung in der durchschnittlichen Natur des Individuums hat und sich demgemäß auch in dessen Wirkungen äußert, vom Standpunkt der reinen Schauspielkunst von vornherein nicht abheben können, so tun wir dies in den Fällen um so energischer, wo es sich auf die Anwendung der Mittel des Theaters erstreckt. Der Gebrauch der konventionellen Theatermittel ist geradezu verwerflich. In ihre Rubrik fällt auf dem Sprachgebiet neben dem oben erwähnten Bühnenpathos auch noch die auf dem Theater erfindene Art der Vorklappung durch das Vorziehen des Unterkleides, die Verzerrung der Lippen und der gesamten Gesichtsmuskeln. Wer hat je einen Menschen außer auf dem Theater und der Bekanndung zu sprechen gesehen, und wer wird behaupten, daß diese Manie, seine Gefühle und Gedanken zu äußern, zu den Mitteln der Menschendarstellung gehört? Die Schauspielkunst hat noch ein ganzes Arsenal von Requisiten, die weniger der Beobachtung des lebendigen Menschen als der Konvention des Theaters entstammen. Dazu gehören z. B. außer den typischen Theatergesten und der Pose noch der schließliche Gang des Schülers, das bunte Auge des Höfchens, der Augenwinkelschlag der Sentimentalen, die von falscher Nahrung abirrende Stimme des braven Mannes usw. — alles Charakterisierungsmittel der Bühne, die mit der Menschendarstellung und der Absicht des Dichters nichts gemein haben.

Wilhelm von Scholz.

Von Alfred Radern.

Im Wandel der Dinge, der freilich so alt ist wie die Welt und in den augenblicklich nur ein rascheres Tempo hineingekommen zu sein scheint — oder macht es die Fülle der Dinge? — hat sich auch die Bedeutung von Schauspielern und Dichtern geändert. Soweit wir das Publikum dabei im Auge haben, gilt die Tatsache, daß die Theaterbesucher von heute mindestens ebenso interessiert der Persönlichkeit und der Schaffensweise des aufgeführten Dichters nachfragen, wie dem Leben und der Kunst des Schauspielers. Diesem erhöhten Interesse dienen die sogenannten Bühnenführer, deren es bereits verschiedene gibt. Am geschäftigsten und zielbewusstesten tritt jedoch entschieden das Unternehmen des Berliner Verlags Franz Schneider in Erscheinung, dem wir bereits eine ganze Reihe von Einführungen in das zeitgenössische Drama zu danken haben.

Eines der neuesten Hefte befaßt sich mit Wilhelm von Scholz und seinen besten Bühnenwerken. Der Verfasser dieser Einföhrung, Friedrich Droop, ist unstreitig einer der besten Kenner des Dichters und dessen wandelbarer Eigenart. Zum Besten einer rascheren persönlichen Annäherung läßt Droop zu Beginn seiner Vorrede den Dichter selbst von seinen dramatischen Anfängen erzählen. Wie so oft war auch bei Scholz das Spiel der Kunst noch unbewußter, tiefer, erster Reizung. Seltenere schon wird aus dem Spiel der Berufswahl, so meist auf Umwegen. Der Puppenpieler Scholz wurde wirklicher Dramatiker und Spielleiter, und zwar auf nur kurzem Umweg. Er hatte ein Jahr beruflichen Mühsalens zu überwinden. Doch lassen wir den Dichter selbst erzählen:

„In Berlin (wo Scholz am 15. Juli 1874 geboren wurde) trat ich zum erstenmal als Dramatiker und Spielleiter an die Öffentlichkeit, und zwar an die Desfinitivität des Kupfergrodens am Ende der Dorotheenstraße. Dort standen damals stets mehrere Bogen der Charlottenburger Pferdebahn mit ihren wartenden Reitern und Schaffnern. Die wichtigste Grundbedingung des Theaters, die nicht ein Drama, sondern ein Publikum ist, war also erfüllt, als ich gegenüber dieser Wartestelle mit meinem Kaspertheater einer Eisenpforte der hohen Gartenmauer erschien, ein Sommertheater errichtete und bei gutem Wetter regelmäßig spielte. Ich hatte verheißungsvollen Erfolg, der sich auch in nachfolgenden Vorstellungen der zur Zeit meiner Vorstellungen nach Charlottenburg führenden Tram-Dampfwagen, im längeren Ausbleiben der Dienstmädchen und Schulkindern, selbst einiger Universitätsprofessoren und Lehrer des von mir besuchten Friedrichswerderschen Gymnasiums befandete, die ihre Vorlesungen und Bekräftigungen veräumten. Julius Hart, dem ich erst in den neunziger Jahren nabetrat, Schenker, Kerr und mein sehr verehrter späterer Freund Friedrich Mauthner sind leider nie dort vor-

übergekommen, so daß über meine Aufführungen nichts in der Presse erschien. . . Mein erstes Drama, an das ich mich erinnere, ein „Gon von Neuenberg“, wurde mir von meinem damaligen Klassenlehrer, dem ich viel Anregung verdanke und mit dem ich bis zu seinem Tode in Beziehung geblieben bin — es war der besonders als Aphorist bekannt gewordene Peter Grius, mit seinem bürgerlichen Namen: Prof. Dr. Otto Kimmig in Konstanz — mit einem so mittelbigen Bild zurückgegeben, daß mein Gehirnzug gewandt wurde und ich ihm sehr bald darauf ein einaktiges Stück „Die Räuber“ brachte, in dem er ganz im Gegenzug zu jenem Verlaufe stark dramatische und namentlich tragische Begabung sehen wollte.“

Friedrich Droop sucht und findet dann im Verlauf seiner Vorrede zunglänzlich den Übergang zu seiner Einführung in neun Dramen des Dichters, die er als dessen bisher beste Werte einschätzt. Die Stellung des Dichters zu den literarischen Strömungen, in die sein Talent zur Zeit der Entwicklung hineingeriffen wird, hat Droop ebenso knapp wie klar angedeutet. Hier handelt es sich um Teilnehmendes im Schaffen und inneren Wesen des Dichters, das von jeder Art der kritischen Einstellung unberührt, Wegweiser zu seinen abgeschlossenen Schöpfungen sein kann. Erst diese selbst verlangen, daß sich der Beurteiler klar entscheidet. Nicht jeder Dichter fordert eine so ungewöhnliche Stellungnahme zu seinen Werken wie Wilhelm von Scholz. Nicht jedem Dichter wird sie mit solcher Zuverlässigkeit zuteil wie ihm. Man reagiert — als Gegner des Dichters — entweder rein gefühlsmäßig oder im Festhalten an ein „Kunstprinzip“. Auch als Gegner wird man Scholz in seinem „Herzweiden“ nicht unbedingt Gefolgshaft leisten müssen, denn hier haben Stil und Problem die erforderliche künstlerische Einheit geschaffen, die wie — als Gegner — sowohl in den „Vertrauten Seiten“ als auch im „Wettlauf mit dem Schatten“ so schmerzhaft vermischen.

Wesentlich anders sieht Droop dem Wirken des Dichters an: über; durchaus bejahend, überzeugt von dem Ausdruck, den Scholz einmal gelang hat, daß Objektivität der schwerste Vorwurf sei, den man gegen eine Kritik erheben könne; nur Jebe mache eine Kritik wertvoll, nur Liebe erkenne Wesentliches. — Ja, bitte aber auch die Fehler! Und daran dürfte Scholz am wenigsten gebocht haben. Man besteht aber ein großer Unterschied der Dramenbewertung bei Kampensicht oder mit dem Brennpunkt der Literaturbetrachtung — derselben, über die am meisten gekämpft wird, weil sie über dem Kunstprinzip die Menschlichkeit verliert. Gemeint ist das Volk, aber nicht nur letztere, und der einzig richtige Weg einer Kritik zu Scholz ist nur der Weg der Liebe sein, denn sie muß Positives schaffen. Und für die Erfüllung dieser Forderung darf Droops Einführung in das Wirken Wilhelm von Scholz, ein bildlich bezeichnet werden.

Das Recht auf Zischen — eine historische Betrachtung.

In England beklagen sich Theaterdirektoren und Schauspieler heftig darüber, daß das Publikum, das während des Krieges und in den nachfolgenden Jahren sich jeder deutlicheren Mißfallensäußerung im Theater enthalten hatte namentlich bei Ueberschreitungen wieder kräftig zu zischen beginnt. Man hat dort die Behauptung aufgestellt, es sei lebensfalls unseiner und ungerade, die immerwährende Arbeitsleistung, die in der Einstudierung und der Aufführung eines dramatischen Werkes liegt, in so nichtwiderstehlicher Weise zu verungulmpfen; ja, man hat sogar gegen die Zischer noch eine Petition gerufen. Demgegenüber verteidigt das englische Publikum zurecht sein Recht auf Zischen, und es tut damit nur etwas, was die Theaterbesucher aller Zeiten und aller Länder getan haben. Solange die Bühnenleute sich das Zischen und andere Formen des Mißfallensäußerungen abfinden, die die notwendige Ergänzung darstellen.

Das Zischen und Pfeifen ist im Theater ebenso alt wie das begehrte Jurieren oder In-die-Hände-Schlagen, das den Schauspieler bedroht. Selbst ein kulturell so hochstehendes Volk wie die Athener machte von seinem Recht des Zischens und Pfeifens ausgiebigen Gebrauch. Die Dramatiker und Schauspieler wußten wohl, daß von der guten Stimmung des Publikums alles abhing, und deshalb ließen vorsichtige Dichter Rücksichten vertieren, während der von der Felleistung gekündete Wein, der während der Aufführung gereicht wurde, die Geister beschwänzte und antwortete. Doch hielten sich innerhalb der Befalls- und Mißfallensäußerungen der Athener in strengen Grenzen. Zu lärmenden Demonstrationen kam es nicht, denn die heilige Feier verbot alle Streifigkeiten und Ungehörigkeiten. Eine Störung der Vorkaufführung konnte sogar mit Todesstrafe geahndet werden; niemand durfte das Theater während der Vorstellung verlassen. Dagegen gebieten bei den Römern der Kaiserzeit Theaterordnungen beinahe zum guten Ton, und man zeigte seine Unzufriedenheit mit den Darbietungen auch nur durch Zischen, sondern durch ganze Volksversammlungen. Auch politische Unruhen brachen häufig im Theater aus, wenn die Menge durch geschickte Aufreißer noch mehr entflammte, einen Ausbruch für die aufgeregte Erregung suchte. Bei den Römern wurde diesem Anteil nehmende Publikum, das sich noch heute in romantischen Ländern beobachten läßt.

Wie bei den Römern, so hat sich auch in der neuere Theatergeschichte das Publikum sein Recht auf Zischen nie nehmen lassen. Besonders Studenten und Soldaten waren von jeher in der Umgebung ihrer Gefühle sehr offenberzig, und es kam im 17. und 18. Jahrhundert besonders in den Universitätsstädten zu wüsten Schimpfungen. Ein Pariser Edikt vom Jahre 1749 ordnete daher, daß alle Zuschauer, und besonders die im Parterre, sich ganz ruhig zu verhalten haben, nicht zischen und pfeifen, die Akteure nicht unterbrechen und von ihren Plätzen nicht weggehen dürfen. In dieser Hinsicht des Absolutismus wurde zuerst dem Publikum das Zischen verboten. Wenn Ceresinusius das Volk in sein Heiligtum zuzieh, dann sollte es selbstständig mündig sein. Diese Auffassung lebte auch noch im Herzog Karl August von Sachsen. Bei der so unglücklich verlaufenen Erstaufführung von Heinrich von Kleists „Gerbrochenem Krug“ ereignete sich ein Vorfall, der im Weimarischen Hoftheater noch nicht dazugewesen und wahrscheinlich im Weimarischen Hoftheater noch nicht dazugewesen war: jemand begann zu pfeifen. Der Herzog, der seinen Platz auf dem sog. bürgerlichen Balkon hatte, brante sich über die Brüllung und rief: „Wer ist der treue Reich, der sich untersteht, in Gegenwart meiner Gemahlin zu pfeifen? Nehmt den Kerl fest!“ Das geschah, und der Uebelthäter wurde Tage eingesperrt. Goethe, der Kiemer bei dieser Gelegenheit zu Tage eingelassen, die Kiemer bei dieser Gelegenheit zu Tage eingelassen, hielt sonst nicht weniger streng auf ruhiges Verhalten der Zuschauer. Gemächlich sah er selbst mitten im Parterre auf seinem Sessel, sein gemaltiger Blick beherrschte den Kreis um ihn her und hielt die Mißvergnügten im Zaum. Wurde eine Störung zu erhob er sich wohl, gebot Ruhe und drohte mit den wachhabenden Husaren. Bei der Aufführung von Schlegels „Marces“ brachte er die durch die unheimliche Komik der Tragödie erzeugte Heiterkeit zum Schweigen. Indem er mit Donnerstimme rief: „Nehmt den Kerl fest!“ Ueberhaupt war dem Publikum vielfach an den Hoftheatern des 18. Jahrhunderts jede Neuerung des Befalls- und Mißfallens untersagt. Desto stärker brach in der Theaterwelt der Wiedererwerb des Rechts auf Zischen und Pfeifen sich wieder Bahn, und die kunstvolle Verwendung des Hauszischens, die wir schon in neuester Zeit des öfteren erlebt haben, wurde in jenen theatralischen Theaterkämpfen virtuos ausgebildet. Die in Berlin am Hoftheater wirkenden Clara Schick und Charlotte von Hagen trübten. Damals wagte sich wohl auch noch die und da jene höchste Schöpfung des Zischrechtes hervor, die sich in der Berwenduna bedientlicher Naturalien, wie kausche Eier und Kiesel, äußerte.

